

Franz Schaible:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir sind heute zusammen gekommen, um erstmalig den Regine Hildebrandt Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut zu verleihen. In der Vergangenheit trug er den Namen „Förderpreis der Solidarität“ und wie Sie wissen, war Regine Hildebrandt 1997 die erste Preisträgerin und spätere Schirmherrin unserer Stiftung. Ihr soziales Engagement ist und bleibt uns Vorbild. Dieser Preis, der noch mit ihrer Zustimmung diesen neuen Namen tragen darf, soll Ansporn und Anerkennung für geleistetes soziales Engagement zum Nutzen von Menschen, die Hilfe brauchen, auch für die Zukunft sein.



So, meine Damen und Herren, nunmehr möchte ich Sie herzlich im Namen von Vorstand und Aufsichtsrat unserer Stiftung begrüßen. Ganz besonders begrüße ich Herrn Jörg Hildebrandt, der gleich zu uns sprechen wird und der aus vergangenen Jahren diese Veranstaltung bestens kennt und der ein gern gesehener Gast unserer Stiftung auch in zukünftigen Jahren sein soll. Weiterhin freue ich mich, dass auch in diesem Jahr der Oberbürgermeister unserer Stadt, Herr Eberhard David, als Hausherr zu uns sprechen wird. Wir danken für die traditionelle Gastfreundschaft in Ihrem Hause.

Eine besondere Freude ist es, dass wir Frau Dr. Engelen-Kefer, die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gewinnen konnten, die Festrede zu halten und gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister die Preisverleihung vorzunehmen.

Nunmehr möchte ich die diesjährigen Preisträger besonders begrüßen. Zunächst den Arbeitsamtsdirektor von Essen, Herrn Hans Gerhard Dohle, der heute für das zu ehrende Netzwerk „Essener Konsens“ zu uns sprechen wird. Eigentlich ist heute fast der gesamte Essener Konsens zu uns ins Rathaus gekommen. In Herrn Dohles Begleitung befinden sich (neben seiner Ehefrau) der Superintendent der Stadt Essen, Herr Mundt genau so wie der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Essen, Herr Nienhaber, der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Essen Herr Meier, Herr Lache von der Kreishandwerkerschaft, die Ehrenobermeister Herrn Stein und Herrn Boltendahl. Weiter darf ich begrüßen den DGB-Regionvorsitzenden in Essen Herrn Löser, Herrn Tretow vormals Siemens AG in Essen, und den Schulrat Herrn Reuter.

Als weiteren Preisträger begrüße ich ebenfalls auf das Herzlichste den Erwerbslosenbeirat aus Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Sprechern Ulrike Seemann-Katz, Renate Kann, Antje Steinke, Dr. Gerd-Erich Neumann, Bernd Rosenheinrich sowie alle weiteren Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern. Man ist schließlich mit einem ganzen Bus nach Bielefeld gereist.

Liebe Gäste aus Bielefeld, bitte verzeihen Sie, wenn ich an dieser Stelle stellvertretend für die vielen anderen bekannten Persönlichkeiten in Bielefeld nur noch den Arbeitsamtsdirektor unserer Stadt Herrn Dr. Peter Glück besonders begrüßen möchte.

Wir danken Ihnen allen, dass Sie gekommen sind, um dieser Preisverleihung beizuwohnen. Glücklicherweise bin ich über die Anwesenheit so vieler Medien, die über dieses Ereignis berichten möchten, weil der Sinn dieses Preises auch darin besteht, vorbildhaftes und nachahmenswertes persönliches soziales Engagement nicht nur auszuzeichnen, sondern bekannt zu machen, um von den heute ausgezeichneten zwar sehr unterschiedlichen Netzwerken zum Nutzen von Arbeitslosen zu lernen.

Ich habe Herrn Jörg Hildebrandt gebeten, einige Grußworte an uns zu richten.

Ich darf dich, lieber Jörg, nunmehr darum bitten:

Jörg Hildebrandt:

Sehr geehrte Frau Dr. Engelen-Keefler, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister David, lieber Franz Schaible, vor allem aber liebe Preisträgerinnen und Preisträger des Regine Hildebrandt Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut,

wer sich nicht bewegt, hat schon verloren, diesen Satz von meiner Frau habe ich nicht erst gehört, als sie in die Politik ging 1990, sondern damit bin ich groß geworden. Ich kenne meine Frau seit 1950. Da war ich 11 Jahre alt. Nun hat sie es damals noch nicht so poetisch formuliert, aber es hat mich immer schon ungemein fasziniert, wie wichtig es ihr war, in kleinen Schritten Schulfreunde, Nachbarkinder, zu denen ich gehörte, zu bewegen etwas zu unternehmen, die Dinge nicht so laufen zu lassen, sich nur zu vergnügen oder wie auch immer in den Tag hinein zu leben. Das hat mir allerhöchsten Respekt abgenötigt, in der Zeit der Verehrung, die ich Regine Hildebrandt gegenüber aufbrachte, und dann der Zuneigung und schließlich eines doch auch sehr langen Ehelebens.

Sie hat Respekt vermittelt und hat selber Respekt gehabt vor der so gering geachteten, kleinen unscheinbaren Tat. Und sie wusste, dass nur die Summe der schweren, oft wenig Erfolg versprechenden, dafür aber Einzelunternehmungen umso ermutigender ist, und nur die schlägt zu Buche und nicht viel diskutierte papierene Kommissionskonzepte, die sich womöglich mit großen Namen schmücken.

Wir haben jetzt in der Bundesregierung einen Minister, der als Superminister bezeichnet wird, und in einem Kommentar, 14 Tage liegt der zurück, lese ich, dass er als Anti-Held bezeichnet wird. Wofür? Für die sogenannte Engelen-Keferisierung der Republik. Und was damit gemeint ist, wird auch ausgesprochen:

Es ist damit gemeint, dass nur noch Besitzstandswahrungsdenken und Sozialromantik in den



Initiativen, die Sie hier vertreten, in den Gewerkschaften Platz gegriffen haben. Ich frage, wer ist noch so illusionär, von Gewerkschaftsfunktionären oder aus Arbeitsloseninitiativen einen Besitzstand wahren zu wollen? Welchen Besitzstand denn schließlich? Worum es geht, ist die Rechtswahrung, die Menschenrechtswahrung auf Arbeit, und von Träumen kann da keine Rede sein. Ich nehme an, wir sind so realistisch geworden, dass die Träume, die Bäume auch nicht mehr in den Himmel wachsen.

Was letztlich von Engelen-Keferisierung zu verstehen ist, zu fürchten ist, zu erwarten oder zu hoffen ist, ich rechne fast damit, Frau Engelen-Kefer, dass wir vielleicht da einigen Aufschluss von Ihnen erhalten.

Ich freue mich, dass der diesjährige Preis unsere Aufmerksamkeit hinlenkt auf Initiativen, die sich bewegen, die andere bewegen, auf Initiativen, die, wie der Erwerbslosenverband Mecklenburg-Vorpommern und der Essener Konsenz, die sich nicht aufgeben, sich nicht verloren geben und auch andere nicht verloren geben.

Und ich weiß, und hier schließe ich die Grüße meiner drei Kinder an, die wissen, dass ich heute bei Ihnen bin, ich weiß, dass dies unsere Mutter, meine Frau, nicht anders gesehen hätte und ganz glücklich wäre, mit Sicherheit, wenn sie es hätte erleben können, die Entscheidung der Jury, den Erwerbslosenverband Mecklenburg-Vorpommern und den Essener Konsenz, heute auszuzeichnen.

Ich danke Ihnen.



Franz Schaible:

Lieber Jörg, für deine herzlichen Worte unser aller Dank.

Wir hoffen, dass wir dich wenigstens einmal pro Jahr in Bielefeld sehen, mindestens zur jährlichen Preisverleihung.

Ich möchte nun unseren Oberbürgermeister um die angekündigten Grußworte der Stadt Bielefeld bitten.

Herr Oberbürgermeister!

Oberbürgermeister Eberhard David:



Sehr geehrter Herr Schaible,
sehr geehrter Herr Hildebrandt,
sehr geehrte Frau Engelen-Kefer,
für den Essener Konsenz darf ich Sie, Herr Dohle, sehr herzlich begrüßen und für den
Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern Frau Seemann-Katz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich freue mich, Sie als Oberbürgermeister hier im Bielefelder Rathaus zur Verleihung des Regine
Hildebrandt Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut begrüßen zu können.

Ich heiße Sie damit zu einer Feierstunde willkommen, die bereits seit einigen Jahren, genauer
gesagt seit 1997, ihren festen Platz im Bielefelder Veranstaltungskalender hat und die dennoch in
diesem Jahr etwas Besonderes darstellt.

Fünf mal, meine Damen und Herren, wurde bisher der Förderpreis der Solidarität alljährlich
vergeben, durch die Bielefelder Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut verliehen.

Ein Preis, der sich längst einen Namen gemacht hat, wenn es darum geht, Personen, Vereine,
Verbände oder Institutionen für ihr herausragendes und beispielhaftes Engagement im Kampf gegen
Arbeitslosigkeit und Armut auszuzeichnen.

In diesem Jahr trägt dieser Förderpreis nun einen neuen Namen, den Namen der ersten Preisträgerin
1997, den Namen der ehemaligen Sozialministerin des Landes Brandenburg, den Namen der
Schirmherrin der Stiftung Solidarität bis zu ihrem Tod im vergangenen Jahr.

Aus dem Förderpreis der Solidarität ist, noch mit Zustimmung der Namensgeberin, der Regine
Hildebrandt Preis geworden.

Ich bin sicher, dass der Preis damit noch einmal eine besondere Aufwertung erfährt. Schon bisher
hatte er, auch ein wenig verbunden mit dem Namen Bielefeld, in ganz Deutschland einen guten Ruf.

Er ist begehrt bei vielen, die sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut immer wieder etwas
Neues einfallen lassen. Die die Ärmel aufkrepeln und mit ganzer Kraft interessante Ideen
umsetzen und von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen Wiedereingliederung in das Berufsleben
ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist der Regine Hildebrandt Preis etwas ganz Besonderes. Er lenkt den
Blick auf wichtige Arbeit, die sonst eher im Verborgenen geleistet wird, höchstens regional
Beachtung findet. Er zeigt, dass sich Kreativität im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut lohnt
und sein Ziel ist nicht nur, die Macher zu belohnen, sondern auch ihre Arbeit, ihren Ansatz
beispielhaft in der ganzen Bundesrepublik als nachahmenswert bekannt zu machen.

Ich hoffe, dass auch die diesjährigen Preisträger ihre Nachahmer finden. Preisträger, die dieses Mal
für Modelle der Zusammenarbeit, also für Netzwerke stehen, die sich in besonderer Weise unter
dem Motto: „Gemeinsam Arbeitslosigkeit bewältigen“ um die Reduzierung von Arbeitslosigkeit
verdient gemacht haben.

Zum einen der Arbeitsamtsdirektor von Essen, Herr Hans-Georg Dohle, der für sein au-
ßergewöhnliches, persönliches Engagement im Bereich der Reduzierung von Arbeitslosigkeit

ausgezeichnet wird. Er gilt als der Motor und Initiator des Bündnisses „Essener Konsenz“.

Hier befassen sich Institutionen wie IHK, die Kreishandwerkerschaft, das Arbeitsamt, die Kirche und Wirtschaftsverbände, aber auch Qualifizierungsgesellschaften außerhalb, um zusätzlich zu ihrer üblichen Arbeit Infrastruktur verbessernde Maßnahmen in der Stadt durchzuführen und gleichzeitig dabei arbeitslose Menschen zu beschäftigen und zu qualifizieren.

Die außerordentlich konstruktive und nachahmenswerte Zusammenarbeit führte unter anderem dazu, dass im Konsenz mit allen gesellschaftlichen Gruppen die unterschiedlichsten Maßnahmen, beispielsweise die Restaurierung einer Kirche oder die Initiierung eines Gründerzentrums, aber auch besondere Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose, die gleichzeitig Infrastruktur verbessernden Charakter haben, durchgeführt werden konnten.

Zum anderen wird ein Modell der Zusammenarbeit und Vernetzung im Land Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet, die Initiierung eines Erwerbslosenbeirates, des sogenannten Erwerbslosenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern.

Dort haben sich die unterschiedlichsten Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen zusammengeschlossen und pflegen einen regelmäßigen Kontakt zu Landespolitikern, um die Bedürfnisse und Probleme arbeitsloser Menschen unmittelbar durch Dialog in politisches Handeln einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich bin in einer Zeit, in der gesamtgesellschaftliches Handeln in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation unverzichtbar ist, sehr dankbar dafür, dass es Gruppen und Menschen gibt, die sich außerhalb der etablierten Wege Gedanken um die Zukunft der von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen machen.

Ebenso bin ich sehr dankbar dafür, dass wir in unserer Stadt eine Stiftung haben, die mit ihrer Preisverleihung schon jetzt seit Jahren dazu beiträgt, diese neuen etwas anderen Wege mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken zu können.

Denn angesichts leerer Kassen der öffentlichen Haushalte und angesichts der bekannten Problemlagen sind wir auf Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement angewiesen, brauchen dieses Engagement nötiger denn je. Sowohl auf Seiten der Preisträger als auch auf Seiten derer, die die Preisverleihung erst möglich machen.

Daher freue ich mich, dass wir mit der Verleihung des Regine Hildebrandt Preises die Gelegenheit haben, im Sinne der Bielefelder Stiftung Solidarität auch in diesem Jahr wieder würdige Preisträger beglückwünschen können.

Für die Stadt Bielefeld tue ich das heute sehr gerne.

Herzlichen Dank.

Franz Schaible:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister! Wir fühlen uns im übrigen mittlerweile richtig heimisch im großen Sitzungssaal und danken, dass wir ihn jedes Jahr zur Preisverleihung nutzen dürfen.

Ich bitte nun die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Frau Dr. Engelen-Kefer um ihren Festvortrag, auf dessen Thema ich gespannt bin, denn es war Ihnen natürlich freigestellt.

Frau Dr. Engelen-Kefer!

Frau Dr. Engelen-Kefer:

Liebe Preisträger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister David,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute wird Ihnen der Preis der Stiftung
Solidarität verliehen.

Man hat manchmal den Eindruck, an dieses
Wort muss man sich erst wieder gewöhnen.
In der letzten Jahren schien Solidarität nicht
mehr en vogue, es schien ein Relikt
vergangener Zeiten oder gar verklärte Sozialromantik.



Mit der Flut kam sie zurück, die Solidarität – und das Reden über Solidarität. In den Hochwassergebieten Ostdeutschlands haben wir erleben können, was Solidarität bedeutet. Da wurde nicht gefragt, was „modern“ oder „neue Mitte“ ist – hier wurde Solidarität gelebt. Aus allen Teilen der Republik kam Hilfe, manche sprachen gar von der „Vollendung der inneren Einheit“.

Doch müssen immer erst Katastrophen kommen? Sicher, wenn die Not unmittelbar spürbar ist, wenn sie erfahrbar ist, dann ist auch Solidarität zu zeigen.

Das mag der Unterschied sein zwischen der Solidarität vor Ort und der politischen Debatte. In der politischen Debatte ist das Einfordern von Solidarität ungleich schwerer. Hier geht es zumeist – auch etwas abstrakt – um Systemveränderungen, Strukturen und Finanzierungsfragen. In diesen Auseinandersetzungen um gesamtwirtschaftliche Folgen tauchen die Konsequenzen für den Einzelnen kaum noch auf.

Darum freue ich mich, dass ich eingeladen bin, an der Verleihung eines Preises teilzunehmen, denn hier geht es um konkrete Initiativen – Initiativen für soziales Engagement, gegen Arbeitslosigkeit und Armut.

Ich freue mich besonders, dass diese Auszeichnung – der ehemalige „Preis der Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ – nun einen neuen Namen erhalten hat.

Regine Hildebrandt, die bisherige Schirmherrin und energische Streiterin für soziale Gerechtigkeit, erhält damit eine wahrhaft würdige Anerkennung.

Bevor wir zum eigentlich Anlass – der Preisverleihung – kommen, möchte ich der Bitte gerne nachkommen, noch etwas Grundsätzliches zu den aktuellen politischen Fragen und Problemen zu sagen.

Dieser Preis ist eng verbunden mit dem Schicksal der Arbeitslosen. In der Tat: Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist alles andere als rosig.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben bestätigt, was wir schon länger befürchten mussten: Die Wachstumsprognosen fallen deutlich schwächer aus. Gleichzeitig wird auch prognostiziert, die Arbeitslosenzahlen würden auch im nächsten Jahr weiter steigen. Doch ich kann nur davor warnen, dies als gegeben hinzunehmen. Gegen Arbeitslosigkeit kann man etwas tun.

Doch dafür brauchen wir zügige und vor allem wirksame Gegenmaßnahmen. Der DGB fordert deshalb eine Beschäftigungsoffensive mit drei Kernelementen:

- Eine konjunkturgerechte Steuer- und Finanzpolitik. Hierdurch müssen mehr Spielräume für eine Wirtschaftspolitik geschaffen werden, die nicht nur das Wachstum fördert, sondern mehr Beschäftigung schafft.
- Die zügige Umsetzung des Hartz-Konzeptes für eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung, um vor allem die Dauer der Arbeitslosigkeit zu senken. Hierbei darf es nicht zu zusätzlicher Deregulierung kommen, die im Hartz-Konzept vorgesehenen Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer und Arbeitslose dürfen nicht nur Lippenbekenntnis sein, sondern sind Bestandteil des Konzeptes.
- Eine neue Offensive in der Arbeitszeitfrage, um Arbeit durch mehr Flexibilität neu zu organisieren, denn in der Umverteilung von Arbeit sehen wir ein großes Beschäftigungspotenzial.

In der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung gibt es ein erkennbares Zeichen für eine Trendwende. Eine Trendwende für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Koalitionsvereinbarung legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Damit wird das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht länger den Notwendigkeiten einer aktiven Politik für Beschäftigung übergeordnet. Das ist gut und richtig so. Endlich wird ein politisches Signal gesetzt, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht allein Sache der Arbeitsmarktpolitik sein kann. Das hat noch nie funktioniert, und kann auch in Zukunft nicht funktionieren.

Eine Politik für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit darf nicht auf die Bundesanstalt für Arbeit beschränkt bleiben. Was Deutschland braucht, ist eine Beschäftigungsoffensive, die alle Möglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik nutzt, um die richtigen Ansätze für mehr Arbeit zu schaffen. Der Markt allein kann das Problem der hohen Arbeitslosigkeit nicht lösen. Deshalb ist der Paradigmenwechsel in der Steuer- und Finanzpolitik ein richtiger Schritt.

Wirtschaftlich sinnvolle Flexibilität zur Sanierung der öffentlichen Haushalte, mehr Investitionen beim Ausbau von Kinderbetreuung und Infrastruktur und, nicht zuletzt, mehr Steuergerechtigkeit (vor allem bei Kapitalgesellschaften) – das ist richtig, gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten.

Einen zweiten Schwerpunkt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liefert das Konzept der Hartz-Kommission. Der DGB wird diesen Weg mitgehen.

Die Tatsache, dass wir bei der Umsetzung, z. B. bei der Gestaltung der PersonalServiceAgenturen (PSA), noch Klärungsbedarf sehen, stellt dies keineswegs in Frage – auch wenn es uns immer wieder unterstellt wird.

Wir wollen die PSA mitgestalten. Doch dazu müssen zunächst die gesetzlichen Grundlagen zu Fragen der Gesamtkonstruktion sowie zur tariflichen Ausgestaltung geklärt werden.

Der DGB hat schon im August 2002 seine Position zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission dargelegt. Daran hat sich nichts geändert. Gewerkschaften haben die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten. Deshalb müssen wir uns auch und gerade mit den problematischen Teilen des Hartz-Konzeptes befassen. Auch hier wollen wir nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten suchen. Dies gilt vor allem für die Errichtung der PSA und der hierzu erforderlichen tariflichen Regelungen. Einer Regelung, die durch Lohnsenkung lediglich Drehtüreffekte erzielt, können wir nicht mittragen; das wird auch das Leitmotiv beim Abschluss von Tarifverträgen sein.

Ein Problem wird auch die Zusammenfassung der Leistungen für erwerbsfähige Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger im so genannten Arbeitslosengeld II. Uns ist zugesagt worden, dass das Leistungsniveau insgesamt nicht verschlechtert wird; hieran wird der DGB nachhaltig erinnern. Dennoch wird es Veränderungen bei der Berechnung der einzelnen Leistungen geben müssen, wenn die Systeme zusammenpassen sollen.

Diese Veränderungen müssen aber sozial gerecht sein. Das heißt, es darf nicht diejenigen treffen, die existenzielle Not befürchten müssen und ohnehin wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Deshalb warnen wir nachdrücklich davor – auch und gerade im Interesse einer raschen Umsetzung des Hartz-Konzeptes – den breiten Konsens der Hartz-Kommission durch pauschale Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Arbeitsmarktpolitik aufs Spiel zu setzen.

Dies widerspräche dem Geist der Hartz-Kommission und der Ankündigung der Bundesregierung, die Ergebnisse 1:1 umzusetzen, um die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

Auch muss vermieden werden, dass die Sozialversicherungen, die schon jetzt unter dem enormen Druck der hohen Arbeitslosigkeit leiden, zusätzliche Lasten durch die Haushaltskonsolidierung tragen müssen.

Wir befürchten, dass diese „Verschiebebahnhöfe“ – also Sparmaßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der Sozialversicherungen – zu einem gefährlichen Bumerang werden und die eigentlich notwendigen Reformen verhindern. Dies hätte weitreichende Auswirkungen auf das gesamte solidarische Sicherungssystem. Es würde bedeuten, dass entweder die Beitragssätze und damit auch die Lohnnebenkosten steigen müssten, oder – und das ist wahrscheinlicher – die Leistungen für die Versicherten gekürzt werden. Wir sehen hier ein Einfallstor zum Abbau des Sozialstaats.

Dasselbe gilt für die geringfügige Beschäftigung. Die Koalition hat vereinbart, dass die Förderung von Mini-Jobs auf haushaltsnahe Dienstleistungen bis 500 Euro erweitert werden soll.

Wenn dadurch Schwarzarbeit bekämpft werden kann und die Sozialversicherungen entlastet werden, kann der DGB das nur begrüßen.

Große Probleme sehen wir allerdings in einer schrankenlosen Ausweitung – die Koalition hat dies zumindest nicht ausgeschlossen.

Wenn reguläre Arbeitsplätze aufgestückelt und durch mehrere Mini-Jobs ersetzt werden, hat dies nicht nur fatale Auswirkungen für die Beschäftigten. Auch die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung kämen zusätzlich unter Druck.

Das gilt für die Ausweitung des Niedriglohnsektors insgesamt, sei es durch Ich-AGs oder

das Bridge-System für ältere Menschen.

Für uns gilt: Die Arbeitslosigkeit ist Ursache für die Schwäche von Renten- und Krankenversicherungen – nicht umgekehrt.

Es ist richtig, neue Anreize für mehr Beschäftigung zu schaffen. Entscheidend wird jedoch sein, dass neue Arbeitsplätze entstehen und nicht bestehende durch Billig-Jobs verdrängt werden.

Ein großes Problem ist die Eingliederung älterer Arbeitsloser.

Wir betrachten den Vorschlag der Hartz-Kommission, die Möglichkeit der befristeten Beschäftigung Älterer schon ab 50 Jahren zuzulassen, als problematisch.

Das heißt konkret: Für über 50 jährige gibt es dann keine Beschränkung der Befristung mehr; zur Zeit ist dies erst ab 58 Jahren der Fall.

Wir gehen nicht davon aus, dass dadurch das Problem der hohen Arbeitslosigkeit Älterer auch nur ansatzweise gelöst werden kann.

Der von Arbeitgeberverbänden immer wieder beschworene Zusammenhang zwischen einem starken Kündigungsschutz und der Zahl der Arbeitslosen ist bis heute nicht nachweisbar.

Wir befürchten vielmehr, dass Drehtüreffekte – wie wir sie schon jetzt bei der befristeten Beschäftigung beobachten – auch für Ältere in noch viel stärkerem Maße zu erwarten sind:

Unbefristete Arbeitsverhältnisse Älterer werden durch befristete mit schlechteren Arbeitsbedingungen durch „jüngere Ältere“ ersetzt. Und das gilt für eine breite Masse: Würde die unbegrenzte befristete Beschäftigung schon ab 50 Jahren eingeführt, würden 20 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland bei Arbeitslosigkeit vom Kündigungsschutz ausgeschlossen werden. Das ist weder als Erneuerung zu verstehen – jedenfalls nicht in unserem Sinne –, noch ist es mit sozialer Sicherheit zu vereinbaren.

Schließlich sollte die Zielsetzung der Bundesregierung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit in der Arbeitswelt sein. Denn wer Veränderung will, braucht ein ausreichendes Maß an Sicherheit. Hier sehen wir ein großes Potenzial in der Frage der Arbeitszeit.

Was wir dringend brauchen, ist ein Paradigmenwechsel in der betrieblichen Personalpolitik. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung, um die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten.

Wir brauchen flexible Systeme zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zum Ausgleich der Generationen. Deshalb setzen wir neben der Qualifizierung auf eine flexible Arbeitszeitgestaltung, beispielsweise durch die Förderung qualifizierter Teilzeitarbeit.

Ein Beispiel ist die Altersteilzeit, mit der wir gute Erfahrungen gemacht haben. Hier gibt es aktuell ca. 700 Tarifverträge, seit 1996 wurden 145.000 Verträge abgeschlossen; 61.000 laufen derzeit. Für jede bezuschusste Altersteilzeit müssen jüngere Arbeitslose eingestellt werden. Dieses Modell ließe sich beispielsweise ausweiten auf die so genannte „Elternzeit“.

Die Förderung qualifizierter Teilzeit würde ein großes Beschäftigungspotenzial erschließen, gleichzeitig eine familiengerechte Arbeitszeitgestaltung ermöglichen und die Chan-

cengleichheit von Frauen im Arbeitsleben erhöhen.

Bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit muss jedoch ein ausreichendes Maß an Sicherheit gegeben sein. Um Teilzeit und Arbeitszeitkonten attraktiver zu machen – und das gilt vor allem für Klein- und Mittelbetriebe – muss es eine ausreichende Insolvenzversicherung geben.

Was sich technisch anhört, hat sehr konkrete Auswirkungen: Denn genau dort finden nämlich 80 Prozent der Insolvenzen in Deutschland statt, das heißt: Bei den Klein- und Mittelbetrieben ist das Risiko der Beschäftigten vor einem Verlust ihres erarbeiteten Wertguthabens besonders groß.

Hier ist der Gesetzgeber zu einer eindeutigen gesetzlichen Regelung aufgefordert. Von der SPD erwarten wir deshalb, dass die Aussagen aus ihrem Wahlprogramm in Regierungshandeln umgesetzt werden.

Als Fazit lässt sich sagen, dass der DGB die Bundesregierung bei ihrem Kurs zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit unterstützen wird.

Maßnahmen aber, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue, zusätzliche Unsicherheiten bringen – ohne dass die Arbeitslosigkeit effektiv gesenkt wird – können und werden die Gewerkschaften nicht unterstützen.

Ich komme jetzt zum Anlass des heutigen Treffens.

Ich habe die Ehre, einen besonderen Preis zu vergeben, den „Regine Hildebrandt Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut 2002“.

Selbstverständlich geschieht dies auch, um dem Wirken von Regine Hildebrandt ein würdiges Andenken zu bewahren.

Ich persönlich habe sie sehr geschätzt und ihr Engagement bewundert.

Zunächst zu Ihnen, Herr Dohle: Sie vertreten hier den Essener Konsens. Gleichzeitig sind Sie Direktor des örtlichen Arbeitsamtes.

Auch in Ihrer Stadt gab es das Problem – wie in allen anderen Städten des Ruhrgebietes: Ein gewaltiger Strukturwandel musste bewältigt werden. Der Essener Konsens ist eine Antwort auf den Strukturwandel. Der Prozess der Umstrukturierung ist noch nicht beendet. Ihnen war früh klar, dass die Antwort nicht sein kann, die Arbeitslosen zu registrieren, zu verwalten, Leistung zu gewähren, sondern dass dieser Strukturwandel aktiv gestaltet werden muss.

Der Essener Konsens hat es geschafft, viele Menschen aus Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen, Vereinen, Gewerkschaften zusammenzubringen, damit der Strukturwandel nicht zu einer Dauerbelastung wird.

Sie haben dabei das Arbeitsamt, die Bundesanstalt für Arbeit im Rücken, und Sie haben mit dem örtlichen Verwaltungsausschuss ein „kleines Bündnis für Arbeit“, das Ihre Initiativen immer positiv unterstützt hat.

Ich sage dies auch mit Blick auf diejenigen, die heute fordern, die örtlichen Verwaltungsausschüsse abzuschaffen.

Mir ist kein Fall bekannt, dass ein örtlicher Verwaltungsausschuss die Arbeit der örtlichen Arbeitsämter behindert hätte, wie dies zur Zeit in der Öffentlichkeit behauptet wird.

Aber mir sind viele Fälle bekannt, wo aus der Mitte der Verwaltungsausschüsse interessante Initiativen gewachsen sind, die konkret für die Menschen Veränderungen und Verbesserungen gebracht haben.

Der Essener Konsens ist eines dieser positiven Beispiele. In dem Essener Konsens wird die Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden mit der Verbesserung öffentlich zugänglicher Infrastruktur.

So sind z. B. verschiedene Gesundheitszentren entstanden, mehrere Bäder und Sportplätze, viele Schulhöfe sind saniert worden.

Da ist es nicht nur Voraussetzung, dass die zuständigen Behörden zusammenarbeiten, sondern Voraussetzung ist auch, dass zusätzliche Geldmittel aktiviert werden. So ist es Ihnen z. B. gelungen, Sponsoren wie die Stiftung der Sparkasse und die Krupp-Stiftung zu gewinnen und auch private Unternehmen als Sponsoren zu beteiligen.

Das Arbeitsamt hat in vielen Fällen die Lohnkosten übernommen für Personen, die ansonsten arbeitslos geblieben wären.

Eines Ihrer Vorzeigeprojekte ist z. B. die Neugestaltung der GRUGA. Die GRUGA setzt damit eine Tradition fort. In der ersten großen Rezession im Jahr 1929 haben viele Arbeitslose den Anfang gemacht.

Jetzt tragen Arbeitslose dazu bei, dieses Erholungsgebiet attraktiv zu halten und für alte und vor allem für junge Menschen, sprich Kinder, zugänglich zu machen.

Zu begrüßen ist vor allem, dass Sie und Ihre Initiative bemüht sind, das kulturelle Erbe Ihrer Region zu erhalten. Dies zeigt sich z. B. in der Reparatur und Sanierung alter Bahnhöfe und Kirchen, und sogar eine Burgruine wurde zur Sicherung des Wahrzeichens in Burg-Altendorf in das Projekt einbezogen.

Sie, Herr Dohle, als Sprecher des Essener Konsens, legen Wert darauf, dass Sie nicht als Person alleine dieses Projekt repräsentieren. Sie haben viele Kolleginnen und Kollegen, Vertreter von Unternehmen anderer Institutionen mitgebracht. Diese vielen Aktiven will ich ausdrücklich in meine Würdigung einbeziehen.

Dennoch haben Sie als Person diesen Essener Konsens geprägt. Die 46 Jahre Ihrer beruflichen Tätigkeit haben Sie fast ausschließlich für die Verbesserung des Arbeitsmarktes und als engagierter Verfechter der Interessen von Arbeitslosen eingesetzt.

Ich denke, es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, dass Sie sehr entscheidend auch während Ihrer Tätigkeit im Landesarbeitsamt an der Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen beteiligt waren.

Schon früh erkannten Sie, dass der Bergbau und die Schwerindustrie in Nordrhein-Westfalen nicht mehr wie in der Vergangenheit zum Wohlstand der Region beitragen können und deswegen die Wirtschaftsbasis verbreitert werden muss.

Auf Ihre Initiative ging es zurück, dass schon frühzeitig Umschulungsmaßnahmen für Bergleute eingeleitet wurden. Viele dieser Menschen arbeiten heute erfolgreich in anderen Unternehmen und insbesondere auch in Unternehmen des Handwerks.

Sie, Herr Dohle, zählen zu den Menschen, die frühzeitig gesellschaftliche Veränderungen erkannt haben und zu deren Philosophie es gehört, diese Veränderungen aktiv zu gestalten und nicht passiv über sich ergehen zu lassen.

Sie, Herr Dohle, und der Essener Konsens insgesamt, sind zweifellos ein würdiger Preisträger. Sie, Frau Seemann-Katz mit Ihren Mitstreitern, repräsentieren den Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern.

Auch Ihre Initiative ist eine Antwort auf strukturelle Veränderungen.

Beide Preisträger repräsentieren die unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West. Während man im Ruhrgebiet etwa 30 Jahre Zeit hatte, den Strukturwandel zu bewältigen, hatten Sie in Ostdeutschland nur wenige Monate Zeit.

Ergebnis dieses Strukturwandels war in beiden Fällen hohe Arbeitslosigkeit, in Ostdeutschland allerdings mit wesentlich dramatischeren Folgen und mit nachhaltigen Verwerfungen.

Sie haben deswegen frühzeitig versucht, durch Netzwerke und das Zusammenfassen von Arbeitslosen und Beschäftigungsinitiativen auf die Situation zu reagieren und soziale Hilfestellung anzubieten.

Aus Kontakten mit den gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern weiß ich, dass Ihr Erwerbslosenbeirat immer sehr rühlig die Interessen der Arbeitslosen vertreten hat und eine wirkungsvolle Stimme für Arbeitslose ist.

Ihr Beirat repräsentiert etwa 40 Initiativen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und bildet damit auch ein breites Spektrum gesellschaftlicher Ansichten und Positionen.

Der Erwerbslosenbeirat hat sich einmal das Motto gegeben: „Wir wollen Wege zur neuen Beschäftigung nicht nur diskutieren, sondern auch finden“.

Hiermit soll ausgedrückt werden, dass es nicht ausschließlich um Interessenvertretung geht, sondern dass der Erwerbslosenbeirat aktiv Wege aufzeigen will, um die Beschäftigungssituation zu verbessern.



Doch eines muss auch klar sein: Ohne staatliche Unterstützung wird dies nicht gehen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann nicht nur privaten Initiativen überlassen bleiben.

Wenn die wirtschaftspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen fehlen, und wenn der Staat sich gleichzeitig aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzieht, wäre dies ein schwerer Rückschlag.

Ich verstehe die Verleihung des Preises an Ihre Initiative auch als ein gesellschaftliches Signal dafür, weiterhin aktive Gestaltung am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik einzufordern.

Einen passiven Start kann es nicht geben. Das gilt auch dann, wenn man akzeptiert, dass der Staat nicht primär für die Schaffung der Arbeitsplätze zuständig ist.

Aber über die Gestaltung der Rahmenbedingungen, über eigene Investitionen, über die Gestaltung von Bildung und Weiterbildung hat er einen sehr entscheidenden Einfluss.

Ich hoffe, dass dieser Preis Ihnen Mut macht, Ihren Weg weiterzugehen, aktiv an der Gestaltung des Wandels mitzuwirken und gleichzeitig ein lautstarker Interessenvertreter für die Interessen von Arbeitslosen zu sein.

Ich glaube, dies ist auch im Sinne von Regine Hildebrandt, der Namensgeberin dieses Preises für Solidarität.

Franz Schaible:

Frau Dr. Engelen-Kefer, ich weiß, dass Sie heute auch andere Termine hätten annehmen können. Sie haben sich aber bewusst, und wie ich weiß, gerne entschieden, unserer Bitte, den Festvortrag zu halten, nachzukommen. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar.

Wir haben eine kleine Programmgängung vorgenommen, die die folgende Preisverleihung abrunden soll. Wir haben den jungen Filmemacher Sascha Connell mit seiner Firma film.document gebeten, einen kurzen Film von drei Minuten über die Preisträger zu drehen. Bevor wir zur Preisverleihung an Herrn Dohle für den Essener Konsens kommen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für diesen kurzen Film vom Essener Konsens.

Ich bitte nun Herrn Dohle nach vorne zu kommen, um den Preis aus der Hand von Frau Dr. Engelen-Kefer zu empfangen.



Auf Wunsch von Herrn Dohle bitte ich danach die Beteiligten des Essener Konsens ebenfalls nach vorne für ein Pressefoto.



Bevor wir die Preisverleihung an den Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern vornehmen, möchte ich Herrn Dohle um seinen Beitrag bitten.

Hans Gerhard Dohle:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Engelen-Kefer,
sehr geehrter Herr Hildebrandt,
lieber Herr Schaible,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde,

niemals habe ich es für möglich gehalten, einmal im Bielefelder Rathaus zu sprechen. Ich tue es gerne, weil ich den „Essener Konsens“ vertreten darf.

Wir, die Vertreter des „Essener Konsens“, freuen uns über die ehrenvolle Wahl der Jury. Ihnen, sehr geehrte Frau Engelen-Kefer, danken wir für die anerkennenden Worte.

Den Preis, den ich entgegennehmen durfte, ist für den „Essener Konsens“ eine hohe Ehre. Ich bin froh, dass wir als Gruppe gekommen sind. Damit wird die Anerkennung richtigerweise auf mehrere, zum Teil kräftige Schultern verteilt. In Essen wird eine weitere Umverteilung auf noch mehr Schultern erfolgen. Ich spreche bewusst von Schultern, weil der „Essener Konsens“ von Menschen getragen wird, die zum Teil, aber nicht notwendiger Weise Institutionen und Firmen vertreten. Wir fragen weniger nach Zuständigkeiten und nach Hierarchien. Wichtig sind für unsere Arbeit persönliches Engagement und die Möglichkeit und Bereitschaft, wirksame Unterstützung für die gute Sache zu organisieren.



Bitte erlauben Sie mir ein paar persönliche Anmerkungen zum Preis:

- Ich hatte das Glück, die Namensgeberin Regine Hildebrandt in der für die Menschen schwierigen Umbruchzeit 1989/90 in Frankfurt/Oder kennenzulernen. Sie war für viele Menschen ein fester Halt und eine Hoffnung. Ich erlebte sie als eine charismatische Frau, die man nicht vergisst.
- Im vergangenen Jahr war Olaf Sund Preisträger. Er war mehrere Jahre als Präsident des Landesarbeitsamtes in Düsseldorf mein Chef. Er war für mich Vorbild: fachlich und

menschlich. Er hat dafür gesorgt, dass ich nach Essen kam und für kurze Zeit im Arbeitsamt Frankfurt/Oder Hilfe beim Aufbau leisten konnte. Für beides bin ich ihm dankbar, und das wird so bleiben

-Mit Franz Schaible arbeite ich seit Jahren in einer Weise zusammen, die einfach Freude macht. Er ist ein für die soziale Arbeit Berufener, ausgestattet mit einer ganz speziellen Managementqualifikation. In der Wirtschaft würde man ihn einen Leistungsträger nennen und hoch bezahlen.

Herr Schaible hat mich gebeten, etwas zum „Essener Konsens“ zu sagen. Dies wird mir dadurch erleichtert, dass wir ein paar Infostände aufbauen durften. Gleich vorteilhaft ist, dass Sie die anwesenden, zum Kern gehörenden Mitglieder des „Essener Konsens“ befragen können.

Bei einer Beschreibung des „Essener Konsens“ ist es leichter zu sagen, was wir nicht sind. Wir sind keine Organisation. Es gibt keine Satzung, keinen festen Mitgliederkreis, keine regelmäßigen Zusammenkünfte und kein ausformuliertes Programm. Unsere Zusammenarbeit ist höchst informell. Wir haben folglich keine Adresse und kein Konto. Im übrigen möchte ich zum „Essener Konsens“ zwei gedankliche Anleihen machen. Einmal bei unserem Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wolfgang Reiniger. Er sagte vor einer großen Gruppe von Gästen verkürzt: „Der „Essener Konsens“ ist das Markenzeichen für ein innovatives, erfolgreiches Konzept, um Folgen des Strukturwandels vor allem mit Projekten zur Qualifizierung und Weiterbildung zu bewältigen. Dieses beispielhafte Netzwerk aus Berufsverbänden, Behörden, Bildungseinrichtungen und Unternehmen funktioniert nun schon seit Jahren hervorragend. Der „Essener Konsens“ ist keine Institution, sondern eine Grundüberzeugung.“

Ich will hinzufügen: Wir tun in einer schwierigen Zeit das Einfachste auf der Welt: Wir arbeiten eng zusammen.

Weiter möchte ich Pastor Willi Overbeck zitieren. Er ist von der Evangelischen Kirche für gesellschaftliche und arbeits-



marktliche Aufgaben freigestellt und organisiert große und erfolgreiche Projekte. Er erklärte einmal den Erfolg des „Essener Konsens“ bescheiden und biblisch einfach: „Einer hat die Hand über unsere Arbeit gehalten.“ Das trifft auch nach meiner Überzeugung die Sache.

Es war eine großartige Fügung, dass in Essen die richtigen Menschen zueinander gefunden haben - eigenständige Menschen mit sehr unterschiedlichen Überzeugungen und beruflichen Positionen. Für mich ist die Arbeit in Essen und der „Essener Konsens“ die positivste Erfahrung in jetzt 47 Berufsjahren.

Unverzichtbar ist das Engagement der Wirtschaft und ihrer Organisationen. Die Wirtschaft toleriert nicht nur arbeitsmarktliche Projekte, man unterstützt sie und übernimmt selbst wichtige Aufgaben. Ohne das persönliche Engagement der Führungsspitze der Industrie-

und Handelskammer für Essen-Mülheim-Oberhausen wäre der „Essener Konsens“ undenkbar. Gleiches gilt für die Führungsspitze des Handwerks. Daraus erklärt sich, dass der Hauptgeschäftsführer der IHK, Herr Rolf Nienaber, und der Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, Herr Ulrich Meier, hier sind.

Die Vertretung des Handwerks wird verstärkt durch Heinrich Boltendahl, Ehrenobermeister der Zimmererinnung, und Christoph Stein, Ehrenobermeister der Innung für Zweirad- und Werkzeugtechnik. Beide sind aktive Mitglieder des „Essener Konsens“.

Ein zentraler Partner des „Essener Konsens“ war von Anfang an die Evangelische Stadtkirche. Daher ist es für mich eine große Freude, dass Herr Stadtsuperintendent Irmenfried Mundt gekommen ist. Aus dem entsprechenden Topf der Landeskirche ist erfreulich viel Geld für Arbeitslose nach Essen gekommen. Man hat das in Düsseldorf mit einer Mischung aus Respekt und finanzieller Sorge verfolgt. Andererseits hat man anerkannt, dass in der Kombination mit Mitteln vom Arbeitsamt und von Sponsoren viel erreicht wurde. Mancher Arbeitslose bekam eine neue Chance.

Wir erfreuen uns der Unterstützung durch die Politik über Parteigrenzen hinweg. Betrachtet man die Entwicklung, haben sich Erfolg und Unterstützung gegenseitig bedingt. Unterstützung brachte Erfolg - Erfolg brachte Unterstützung. Eine politische Gegebenheit besonderer Art war, dass Frau Georgia Kaiser, über Jahre Kreisvorsitzende der FDP, persönlich eine klare, positive Positionen zu den arbeitsmarktlichen Maßnahmen in Essen bezog. Diese Position vertrat sie auch gegenüber Graf Lambsdorff, als er die Essener FDP besuchte. Dies war wichtig in einer Zeit, als der „Essener Konsens“ noch ein zartes Pflänzchen war.

Nun in die Gegenwart. Viele verfolgen mit großer Sorge aktuelle Überlegungen, die Mittel für arbeitsmarktliche Maßnahmen zu reduzieren. Wir aus dem Ruhrgebiet wissen, dass Massenarbeitslosigkeit in einer Region allen schadet. Und wir haben nach wie vor Massenarbeitslosigkeit in Essen und dazu keine günstige wirtschaftliche Perspektive. Herr Nienaber erklärte am 14.10. gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung: „Das ist der mieseste Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer des Reviers in 32. Jahren.“

Wenn man unter solchen Konjunktur- und Strukturbedingungen arbeitsmarktliche Maßnahmen mit Augenmaß und unter Beachtung aller Interessen gut organisiert, fördert man die Interessen der Arbeitslosen, ihrer Familien, der Wirtschaft und die aller Bürger. Sinnvolle Projekte in Kooperation mit der Wirtschaft durchgeführt sind effektive Wirtschaftsförderung. Deshalb unterstützt die Wirtschaft den „Essener Konsens“. Dazu kommt die Bereitschaft der Essener Wirtschaft, gesellschaftliche und soziale Projekte zu fördern. Dabei spielt für sie die Sorge um die Jugend eine besondere Rolle.

Der Verwaltungsausschuss ist nach unserer Auffassung die Stelle für eine ortsnahe, fachkundige Prüfung der Maßnahmen und Projekte unter Berücksichtigung aller Interessen der Stadt. Ich habe es begrüßt, dass der Ausschuss sich gegen eine Beschneidung seiner Entscheidungskompetenzen ausgesprochen hat. Dieser Ausschuss hat ganz wesentlich zur Förderung des „Essener Konsens“ beigetragen. Daher ist es folgerichtig, aber natürlich nicht selbstverständlich, dass die zwei alternierenden Vorsitzenden, Herr Eckart Löser, Regionsvorsitzender des DGB Mülheim-Essen-Oberhausen, und - von mir bereits erwähnt - Herr Ulrich Meier, Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, hier sind.

Besonders freue ich mich über die Teilnahme seines Vorgängers auf der Arbeitgeberbank, Herrn Rolf Tretow, ehemals Chef der Firma Siemens, Zweigniederlassung Ruhr. Er hat dem „Essener Konsens“ und mir wichtige Türen geöffnet.

Ich hoffe, dass Sie sich für unsere Infostände interessieren. Wir möchten zwei Aktionsfelder des „Essener Konsens“ vorstellen. Ein seit Jahren erfolgreiches und ein relativ neues. Für den Sport arbeiten wir seit Jahren. Es sind etwa 100 Projekte fertiggestellt oder noch in Arbeit. Als Beispiele nenne ich 21 Gesundheitszentren, 8 Hallenbäder, 7 andere große Projekte, 37 Sportplätze usw. Nicht berücksichtigt sind die in Planung befindlichen Vorhaben.

Der Essener Sportbund, dem Vereine mit 160.000 Mitgliedern angeschlossen sind, arbeitet mit großem Erfolg für den Breitensport. Sein Vorstand ist mit einflussreichen und kompetenten Leuten besetzt. Ihnen geht es zusammen mit dem unermüdlichen Geschäftsführer Günter Kropp um moderne, preisgünstige Sportstätten für Junge und Alte, für Gesunde und Kranke. Die vielen Projekte des Essener Sportbundes haben vielen Arbeitslosen berufliche Qualifizierung und vorübergehende Arbeit geboten. Viele fanden dadurch Arbeit, im übrigen auch im Sportbereich. Wir wissen, dass der Sport ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.



Der Förderungsbereich Schule-Wirtschaft-Arbeitsmarkt ist vor drei Jahren angelaufen. Kopf und Herz des Programms im Arbeitsamt ist Herr Mikoteit, auch heute anwesend. Wir stellen Projekte der Hauptschule Karnap und der Gesamtschule Nord vor. Über den so nicht zu erwartenden Erfolg des Konzeptes Schule-Wirtschaft-Arbeitsmarkt freue ich mich besonders. Die Ausbildungsplatzsituation im Ruhrgebiet hat sich verschlechtert. Auf die Bildungssituation in den Ballungsräumen, insbesondere in den Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil, hat die Pisa-Studie ein kritisches Licht geworfen. Wir unterstützen die Schulen und fördern mit ihnen zusammen die Berufswahl und den Übergang von der Schule in den Beruf. Herr Schulrat Reuter und Herr Mikoteit vom Arbeitsamt stehen für Auskünfte zur Verfügung. Das Handwerk wird vertreten von Herrn Bitsch - Ausbildungszentrum Wesel - und Herrn Lache von der Kreishandwerkerschaft Essen.

Zur Perspektive des „Essener Konsens“:

Ich bin optimistisch, dass die Beteiligten weiter zusammenstehen. Die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung sind nicht ausgeschöpft.

Es wird im Übrigen viel davon abhängen, ob wir wie bisher von Stiftungen und Sponsoren unterstützt werden. Ein besonders wichtiger Protektor der Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist Berthold Beitz, Vorsitzender der Krupp Stiftung. Er wurde im übrigen im Jahre 1913 in Zemin/Pommern geboren. (Anmerkung: Er übersandte am Tag der Preisverleihung ein Glückwunschtelegramm.)

Ich komme zum Schluss und dabei wie üblich zum Wichtigsten:

Das Preisgeld wird aufgeteilt auf zwei Projekte. Die eine Hälfte bekommt die Frankfurter Jugendfabrik. Gemeint ist Frankfurt/Oder. Ich sage nur soviel: Man hat dort ein eindrucksvolles Netz zwischen Sozialamt, Arbeitsamt und anerkannten Bildungsträgern geknüpft. Man betreut schwierige Jugendliche und hat dabei bemerkenswerte Erfolge. Herr Wolfgramm vom Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg, bei dem die Koordination liegt, ist von Frankfurt/Oder gekommen und steht für Auskünfte zur Verfügung.

Die andere Hälfte des Preisgeldes erhält eine Schule in Essen, die in einem Problemstadtteil liegt und einen extrem hohen Anteil von Schülern hat, die einen Migrationshintergrund haben. Die Schulleitung und die Lehrerschaft arbeiten hoch engagiert, so dass die Schüler trotz aller Probleme in den Familien und im Wohnumfeld gerne zu Schule kommen. Die Schule will ein Bistro für den Hauswirtschaftsunterricht und für interkulturelle Begegnungen sowie eine Werkstatt einrichten. Öffentliches Geld steht nicht zur Verfügung. Aber durch Spenden, kostenlose Arbeitsleistung von Schulungsstätten und Selbsthilfe dürfte der Plan realisiert werden können.

Am Ende eine persönliche Erfahrung: Wenn ich Projekte besuche, höre ich am häufigsten die Frage nach regulärer Arbeit und - wenn keine Chance hierauf besteht und das ist fast die Regel geworden - die Bitte um Verlängerung der Maßnahme. Es sind dringliche Fragen, es sind dringliche Bitten. Dies ist der Impuls für uns, weiter für arbeitsmarktliche Maßnahmen einzutreten. Der Regine Hildebrandt Preis ist eine großartige Ermutigung dazu.

Franz Schaible:

Vielen Dank Herr Dohle.

Ich hatte gestern einen Anruf von Olaf Sund. Er lässt Sie herzlich grüßen und Ihnen ausrichten, dass er stolz ist, mit so einem Mann zusammengearbeitet zu haben. Nunmehr folgt der Film über ein völlig anderes Netzwerk zum Nutzen von Arbeitslosen, also über den Erwerbslosenbeirat in Mecklenburg-Vorpommern, bevor wir den „Oscar der Solidarität“ an die Mitglieder des Erwerbslosenbeirates überreichen. Film ab!

Die Mitglieder des Erwerbslosenbeirates bitte ich nunmehr nach vorne zu kommen, damit sie aus der Hand unseres Oberbürgermeisters Herrn Eberhard David den Preis entgegennehmen.



Es ist für mich kein Wunder, dass bereits vor zwei Jahren diese Auszeichnung nach Mecklenburg-Vorpommern ging: Ein Land, in dem eine besonders hohe Massenarbeitslosigkeit existiert, bringt glücklicherweise auch viele kreative und innovative Impulse hervor.

Ich bitte nun Frau Seemann-Katz als Sprecherin des Erwerbslosenbeirates Mecklenburg-Vorpommern ans Rednerpult.

Frau Seemann-Katz:



Sehr geehrte Frau Engelen-Kefer, sehr geehrter Herr Schaible, sehr geehrter Herr Hildebrand, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Dohle, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

erst mal vielen Dank für diesen Preis. Als wir 1998 den Erwerbslosenbeirat gründeten, haben wir nicht im Traum daran gedacht, eines Tages einen bundesweiten Preis zu erringen, und ich habe nie gedacht, dass ich eines Tages in Bielefeld stehen und über die Politik für und mit Erwerbslosen und unsere Vernetzung in Mecklenburg-Vorpommern berichten würde.

(Wir sind ein Netzwerk. Netze zeichnen sich durch folgendes aus: Es gibt viele Fäden und viele Knoten. Dabei entspricht jeder Knoten einem Kopf. Ohne die vielen Köpfe wäre unsere Arbeit nicht möglich.)

Aber dass wir einen Preis erringen, war 1998 ja auch eigentlich nicht Ziel und Zweck der Übung. Sie merken, wir sind ein bisschen stolz über die Anerkennung. Wir haben uns, als der Brief mit der Nachricht über die Preisverleihung kam, natürlich riesig gefreut und gleich diskutiert, was wir mit dem Preisgeld anfangen.

Meine Damen und Herren,
bevor ich dazu komme, was wir zukünftig finanzieren wollen, muss ich ein bisschen ausholen und den eben erwähnten Sinn und Zweck unseres Bündnisses erläutern. Dazu gehört dann natürlich auch die Vorgeschichte, die ich in einer kleinen Zeitreise schildern will:

Also: 1998 fand ein Wahlkampf statt, der 16 Jahre Stillstand in der Bundesrepublik Deutschland ablösen sollte. Dazu gab es bundesweit Aktionen von Erwerbslosen. Die fanden natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern statt. Nur dass es in Mecklenburg-Vorpommern eine Besonderheit gibt: Wir haben zugleich auch immer Landtagswahlen. Und so standen die Aktionen an den Tagen der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen immer auch unter einem landespolitisch bedeutsamen Motto. Mecklenburg-Vorpommern hatte damals eine große Koalition als Landesregierung, was ebenfalls Stillstand bedeutete.

Den Ministerpräsidenten stellte damals die CDU, Dr. Berndt Seite, der mit Aussagen über einen - Zitat - „gewissen Bodensatz der Gesellschaft“, mit dem man sowieso nichts anfangen könne, zu unserer Mobilisierung erheblich beigetragen hat. Mecklenburg-Vorpommern hatte damals 200.000 Erwerbslose und eine Erwerbslosenquote von 19,2 % im Jahresdurchschnitt.

Es entstanden an vielen Orten soziale Bündnisse aus Erwerbslosenorganisationen, Gewerkschaften, engagierten Einzelpersonen, wahlkämpfenden Parteien - so bin ich dazu gekommen -, die die Aktionstage organisierten. Führend waren damals in diesen Bündnissen der Arbeitslosenverband und der Verein „Dau wat“ – für die Nicht-Plattdeutschsprecher: das heißt auf Hochdeutsch „Tu was“. Die beiden verabredeten eine neue Form der Zusammenarbeit auch über den Wahltermin hinaus.

Sie luden für den 30. Oktober zum 1. Erwerbslosenparlament ein. Über 250 TeilnehmerInnen und Teilnehmer aus mehr als 40 Verbänden kamen in das Schloss nach Schwerin - Sitz des



Landtages -, um die zukünftige Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren.

Das Parlament beschloss verschiedene Aufgaben, wie beispielsweise

- Einbeziehung der Betroffenen in das Bündnis für Arbeit durch Sitz und Stimme
- Einsatz für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
- Politische Arbeit für die Schaffung existenzsichernder, tariflich und sozial abgesicherter Arbeitsplätze

Es wählte einen Beirat, der die Politik der Landesregierung - inzwischen durch eine rotrote Koalition - in diesem Sinne begleiten sollte.

Meine Damen und Herren,
inzwischen haben wir nun den 4. Erwerbslosenbeirat und ja bereits zum 5. Erwerbslosenparlament eingeladen. Das heißt: Das bisher Gesagte muss für die Entstehungsgeschichte reichen. Sonst rede ich noch bis heute Abend.

Was haben wir denn von den damals geforderten Dingen erreicht? Was ist daraus geworden?

zur Beteiligungsfrage:

Der Zusammenschluss hat uns tatsächlich mehr Gewicht gebracht. Wir erhielten Sitz und Stimme in den Arbeitsgruppen des Bündnisses für Arbeit auf Landesebene unter Leitung zuständiger Minister - nicht jedoch in der Steuerungsrunde geleitet durch den Ministerpräsidenten Ringstorff, SPD, wie Sie wissen.

In diesen Untergruppen konnten wir uns an der Entwicklung konkreter Maßnahmen beteiligen, z. B. 1999 an der Erarbeitung einer Richtlinie im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms zu „Gemeinwohl orientierten Arbeitsförderungsprojekten (GAP)“.

Wir haben uns beim Ministerpräsidenten eingeladen und immer wieder auch Minister, Staatssekretäre und andere politische Entscheidungsträger in den Beirat eingeladen. Der Ministerpräsident jedoch ist bislang keiner Einladung zu uns gefolgt. Vielleicht ändert sich das ja noch. Wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir sind ja nun Preisträger. Vielleicht ändert das ja auch ein wenig seine Einstellung. (Er hatte ja die von Schröder angezettelte „Faulenzerdebatte“ unterstützt - und ist nie davon öffentlich abgerückt.)

Wir haben uns in der Folge auch an der Entwicklung des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms (ASP) vom ersten Entwurf bis zur konkreten Richtlinie beteiligen können. Im Rahmen eines von uns verfassten Papiers zum ÖBS haben wir die Einrichtung von Regionalkonferenzen gefordert. Die heißen nun zwar „Regionalbeiräte“, aber unsere Forderung wurde im Grundsatz umgesetzt. In diesen Beiräten, die über konkrete Projekte zur Umsetzung des Programms entscheiden, haben wir wiederum je eine Stimme. Kleine Anmerkung: DGB und Unternehmerorganisationen haben je zwei Stimmen und bereits von Anfang an jeweils abgesprochen, wer wie lange den Vorsitz hat.

Meine Damen und Herren,
die Beteiligung auf gleicher Augenhöhe ist also noch nicht hundertprozentig da. Es gibt also noch vieles zu tun für uns.

Damit sind wir in unserer Zeitreise in der Gegenwart angekommen:
Mecklenburg-Vorpommern hat jetzt, Ende September 2002, eine Erwerbslosenquote von 19,2 %. Das ist exakt der Jahresdurchschnitt von 1998, woran wir ebenfalls sehen, dass es noch viel zu tun gibt.

Besorgniserregend ist dabei die Struktur der Erwerbslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt jetzt 35,5 %, mit steigender Tendenz. Der Anteil der jugendlichen Erwerbslosen beträgt 14%, mit 11% ist der Anteil der 20 - 24jährigen besonders hoch, das Problem der Jugenderwerbslosigkeit ist also von der Ausbildung auf die sog. „zweite Schwelle“ verschoben, auf die Anstellung nach dem Abschluss der Ausbildung. Von allen Erwerbslosen verfügen über 80% über eine Berufsausbildung. Die Struktur der Erwerbslosigkeit ist in allen Ostbundesländern ähnlich und unterscheidet sich deutlich von der im Westen.

Meine Damen und Herren,
dabei wird deutlich, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt. Fast 50.000 Menschen (genau 49.600) befinden sich laut Zahlen Ende September dabei in so genannten Arbeitsmarkt entlastenden Maßnahmen. Aber was eigentlich fehlt, sind existenzsichernde Dauerarbeitsplätze. Weder lassen sich kulturelle, soziale und ökologische Aufgaben auf lange Sicht durch ABM und SAM leisten, noch lässt sich so sinnvoll eine Gesellschaft organisieren.

(Bei uns gibt es im Gegensatz zum Westen – zum Essener Konsens z. B. – keine Sponsoren oder Stifter, die etwas zuschießen könnten. Das Kapital befindet sich im Westen.)

Und damit sind wir auch schon bei der Diskussion um Hartz. Der Arbeitsmarktteil des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung beginnt mit den Worten „Mit der vollständigen Umsetzung der Kommission; Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ beginnen wir die größte Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschichte“. Was aber heißt vollständige Umsetzung bzw. die immer wieder zitierte „1:1-Umsetzung“? Klar, wir brauchen dringend eine Reform, auch gerade der Bundesanstalt für Arbeit. Bei vielen Vorschlägen jedoch kommt es darauf an, wie die Formulierungen bei der Umsetzung ausgelegt werden.

Z. B. die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe:

Wenn dabei eine existenzsichernde Grundsicherung herauskommt, wäre es ja gut. Bei dem Einstieg in das neue Leistungssystem – und um nichts anderes handelt es sich hier – darf es aber nicht zur Schlechterstellung der BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe kommen. Dies trüfe Menschen in Mecklenburg-Vorpommern besonders hart, da hier die Arbeitslosenbezüge sich an den hier bereits wesentlich niedrigeren Arbeitseinkommen als im Westen orientieren.

Z. B. die Ausgestaltung der Personalserviceagenturen (PSA):

Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte sind wirtschaftlich schädlich und müssen vermieden werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Einführung von PSA kein Instrument zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen wird. Es darf sich nicht lohnen, MitarbeiterInnen zu entlassen, um dann Kräfte über die PSA zu engagieren.

Z.B. Ältere ArbeitnehmerInnen:

Alterteilszeit muss so interpretiert werden, dass sie zu einem fairen Angebot wird und nicht zur Verdrängung der älteren Generation aus Beschäftigung und Qualifizierung führt. Ältere

ArbeitnehmerInnen werden mit ihrer Berufs- und Lebenserfahrung gebraucht.

Meine Damen und Herren,
die Vorschläge der Hartz-Kommission können nur ein Anfang sein. Die Diskussion über sie hat in den letzten Wochen und Monaten andere Themen fast völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt: Die gerechte Verteilung von Arbeit und der Abbau von Überstunden müssen eine ebenso große Rolle spielen wie die Verbesserung der Arbeitsvermittlung. Ebenso muss die Diskussion der Definition von Arbeit und die Bewertung von produktiver wie auch reproduktiver Arbeit für die Gesellschaft von neuem begonnen werden. Insbesondere letztere, Erziehung von Kindern, Pflege, Erhalt der Lebensgrundlagen usw. wird zu einem großen Teil unentgeltlich, übrigens häufig durch Frauen, oder über den 2. Arbeitsmarkt geleistet und damit entwertet.

In diese Diskussion werden wir uns zumindest auf Landesebene einbringen können, da hier eine Kommission zur Umsetzung eingerichtet wird, in der wir auch vertreten sein werden.

Und damit sind wir mit unserer Zeitreise in der Zukunft angelangt. Ich will zum Schluss noch einen kurzen Ausblick geben, was für den Erwerbslosenbeirat demnächst ansteht:

Wir werden jetzt am 30. Oktober das vorhin schon erwähnte 5. Erwerbslosenparlament im Schweriner Schloss abhalten. Hier werden wir Bilanz über die Arbeit des vergangenen Jahres ziehen und unsere nächsten Ziele abstecken. Dem kann ich hier zwar nicht vorgehen, aber ich vermute mal: Das wird die Begleitung der neuen Legislatur des Landtages und der neuen Landesregierung sein.

Wir werden weiterarbeiten an der Weiterentwicklung des ÖBS und weiterhin unsere Mitwirkung an der Politik für und mit Erwerbslosen anbieten.
Dass das alles auch etwas kostet, ist klar. Die Mittel für unsere Arbeit – Netzwerke produzieren überwiegend Kommunikations- und Fahrtkosten – sind bislang irgendwie von den beteiligten Verbänden oder Einzelpersonen, in ehrenamtlicher Arbeit, also privat, sowie über Spenden aufgebracht worden.

Dafür nutze ich jetzt auch mal die Gelegenheit zum Dank an die eigenen Beiratsmitglieder und unseren Geschäftsführer. Die gesamte Organisation läuft im Ehrenamt!

Und der Preis wird uns nun die Arbeit erleichtern, verbessern und Entscheidungen für Aktionen unabhängiger von den Kassen einzelner oder von öffentlichen Projektmitteln machen.

Franz Schaible:

Dafür danken wir nochmals.
Vielen Dank, Frau Seemann-Katz

Bevor ich die Veranstaltung offiziell beende, möchte ich mich persönlich für die Redebeiträge mit Blumen bedanken.

Frau Engelen-Kefer, vielen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind.

Frau Seemann-Katz, ich danke auch Ihnen.
Herr Dohle, ich freue mich ganz besonders.

Dank sage ich auch allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung mitgewirkt haben, insbesondere den Initiativen aus Bielefeld, Essen und Mecklenburg-Vorpommern, die mit Informationsständen diese Veranstaltung bereichert haben.

An diesen Informationsständen wird sofort im Anschluss ein Gläschen Sekt für alle Anwesenden ausgeteilt, um auf die Preisträger anzustoßen. Ich bitte Sie, an den Informationsständen zu verweilen und sich über die gute Arbeit zum Nutzen arbeitsloser Menschen zu informieren.

Damit sie noch ein bisschen länger bleiben, finden Sie dort auch ein kleines Häppchen.

Abschließend möchte ich sagen, dass Sie uns alle auch im nächsten Jahr zur Preisverleihung herzlich willkommen sind. Wir werden uns von unserer Stiftung bemühen, auch im nächsten Jahr würdige Preisträger auszusuchen, die dem Namen unserer ersten Schirmherrin gerecht werden.

Der offizielle Veranstaltungsteil ist beendet. Ich danke Ihnen.



Die Festreden wurden uns freundlicherweise von den Rednerinnen und Rednern überlassen. Ausnahmen sind die Rede von Jörg Hildebrandt und Oberbürgermeister David, die wir transkribiert haben.

Impressum:

Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut
Walther-Rathenau-Str. 62
33602 Bielefeld
Tel. (05 21) 5 21 67 21

Aufsichtsrat der Stiftung:

Jürgen Frodermann (Vors.), Annelie Buntenbach, Günter Garbrecht,
Uwe Kantelhardt, Dr. Johannes Kramer, Thomas Niekamp, Martina Tiltmann

Vorstand der Stiftung:

Prof. Dr. Karl Krahn (Vors.), Eva Gehltomholt, Franz Schaible